

Freitag, 29. August 2014 Vormittag

Vorsitz: Standespräsident Duri Campell
 Protokollführer: Patrick Barandun
 Präsenz: anwesend 118 Mitglieder
 entschuldigt: Davaz, Marti
 Sitzungsbeginn: 8.15 Uhr

1. Wahl Verwaltungsgerecht Graubünden (Vizepräsidium und ein Richter für den Rest der Amtsperiode 1.1.2013 – 31.12.2016) (Ersatzwahl)

ein Richter Verwaltungsgerecht Bei 115 abgegebenen und 113 gültigen Wahlzetteln, 113 gültigen Kandidatenstimmen und einem absoluten Mehr von 57, wird Giuliano Racioppi mit 105 Stimmen gewählt.
 Einzelne: 8 Stimmen

Vizepräsidentin Verwaltungsgerecht Bei 113 abgegebenen und 109 gültigen Wahlzetteln, 109 gültigen Kandidatenstimmen und einem absoluten Mehr von 55, wird Jacqueline Moser mit 104 Stimmen gewählt.
 Einzelne: 5 Stimmen

2. Anfrage Holzinger-Loretz betreffend Bilanz der Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts

Erstunterzeichnerin: Holzinger-Loretz
 Regierungsvertreter: Rathgeb

Antrag Holzinger-Loretz
 Diskussion

Abstimmung
 Der Grosse Rat beschliesst Diskussion mit 91 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Erklärung Die Anfragerin erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

3. Anfrage Caduff betreffend Betreuung und Pflege von Angehörigen zu Hause

Erstunterzeichner: Caduff
 Regierungsvertreter: Rathgeb

Antrag Caduff
 Diskussion

Abstimmung
 Der Grosse Rat beschliesst Diskussion mit offensichtlichem Mehr.

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

4. Anfrage Pfenninger betreffend Rotes Kreuz Graubünden und Projekt Begleitung pflegender Angehöriger

Erstunterzeichner: Pfenninger
Regierungsvertreter: Rathgeb

Antrag Pfenninger
Diskussion

Abstimmung
Der Grosse Rat beschliesst Diskussion mit offensichtlichem Mehr.

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung empört.

5. Anfrage Pfenninger betreffend Lichtverschmutzung der Anstalt Realta

Erstunterzeichner: Pfenninger
Regierungsvertreter: Rathgeb

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

6. Anfrage Gartmann-Albin betreffend Sozialhilfeempfänger

Erstunterzeichnerin: Gartmann-Albin
Regierungsvertreter: Trachsel

Erklärung Die Anfragerin erklärt sich von der Antwort der Regierung nicht befriedigt.

Schluss der Sitzung: 10.10 Uhr

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

Auftrag Casanova-Maron (Domat/Ems) betreffend Anpassung der Bemessung von Unterstützungsleistungen

Für die Bemessung der Unterstützung durch die zuständige Gemeinde sind die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe massgebend. Dies regelt Art. 1 der Ausführungsbestimmungen zum kantonalen Unterstützungsgesetz.

Die SKOS-Richtlinien orientieren sich beim Grundbedarf für den Lebensunterhalt am Konsumverhalten der einkommensschwächsten zehn Prozent der Schweizer Haushaltungen, welche nicht unterstützt werden. Hinzu kommen allerdings noch Wohnkosten, Kosten für die medizinische Grundversorgung, Zahnarztkosten sowie situationsbedingte Leistungen. Zu den Letzteren zählen beispielsweise die Kinderbetreuung, Umzugskosten, Urlaube und Erholung, Integrationszulagen für Nicht-erwerbstätige, welche sich um soziale und berufliche Integration bemühen. Für die Dauer der Unterstützung durch die Sozialhilfe sind zudem keine Steuern geschuldet.

Die SKOS-Richtlinien stehen in weiten Teilen der Schweiz in der Kritik. Die Bemessung der Sozialhilfe, die Praxis bei den situationsbedingten Leistungen und die untaugliche, weil viel zu geringe Kürzungsmöglichkeit bei nicht integrationswilligen Personen sorgen zunehmend für Unmut.

Das mit der Überarbeitung der SKOS-Richtlinien im Jahr 2005 eingeführte Anreizsystem entwickelt in seiner heutigen Form nahezu keine Wirkung. Die Kürzungsmöglichkeiten einerseits und die Integrationszulagen andererseits sind zu gering bemessen.

Die Unterzeichnenden beauftragen die Regierung, die Bemessung der Unterstützung im Gesetz über die Unterstützung Bedürftiger (kantonales Unterstützungsgesetz) zu regeln und das Anreizsystem zur Reintegration von Unterstützungsbedürftigen auszubauen. Dabei sollen die SKOS-Ansätze generell um 10 Prozent gekürzt und die Integrationszulagen so erhöht werden, dass die Sozialhilfe für integrationswillige Unterstützungsbedürftige in der heutigen Höhe erhalten bleibt.

Casanova-Maron (Domat/Ems), Florin-Caluori, Koch (Igis), Alig, Brandenburger, Burkhardt, Caduff, Caluori, Casanova (Ilanz), Casutt-Derungs, Caviezel (Davos Clavadel), Claus, Clavadetscher, Danuser, Engler, Felix (Scuol), Foffa, Geisseler, Giacomelli, Grass, Gunzinger, Hardegger, Hartmann, Heiz, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Hug, Jenny, Kasper, Koch (Tamins), Kunz (Fläsch), Kunz (Chur), Mani-Heldstab, Märchy-Caduff, Mathis, Müller, Nay, Niederer, Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Pedrini, Pfäffli, Rosa, Salis, Sax, Schutz, Steck-Rauch, Steiger, Stiffler (Chur), Thomann-Frank, Toutsch, Troncana-Sauer, Valär, Vetsch (Pragg-Jenaz), Waidacher, Weber, Weidmann, Wieland, Zanetti

Auftrag Lorez-Meuli betreffend Verhandlungen VBS / armasuisse

In den nächsten Tagen wird der Bundesrat die Botschaft zum neuen Stationierungskonzept veröffentlichen. In diesem wird die zukünftige Stossrichtung der Armee festgelegt. Der Kanton Graubünden verfügt im Verhältnis zu anderen Kantonen mit vergleichbarer militärischer Topografie über eine weit unterdurchschnittliche Zahl an Infrastruktureinrichtungen, Kommandos und Waffenplätzen. Im Kanton stehen Investitionen von rund 130 Mio. Franken an. Die Waffenplätze Chur, Luziensteig, Hinterrhein und S-chanf sollen weiterhin militärisch genutzt werden. Mit der Weiterführung der Nutzung der Waffenplätze im Kanton werden nicht bloss die verbleibenden 150 Arbeitsplätze der Armee im Kanton Graubünden gesichert, vielmehr wird mit den gewichtigen Investitionen und wiederkehrenden Ausgaben die Volkswirtschaft in den betreffenden Regionen generell gestärkt.

Durch die Reorganisation der Armee sind die Ansprechpersonen für die regionalen Vertreter seitens der Armee nicht mehr klar definiert. So können vor allem die Randregionen ihre Anliegen häufig zu spät einbringen. Bestehende Verträge zwischen Armee und Gemeinden werden in gewissen Fällen nicht mehr aktualisiert und die Vertragsinhalte nicht mehr eingehalten. So wurden langjährige Stromverträge, welche ein Bestandteil der Gesamtverträge waren, aufgrund der Strommarktliberalisierung gekündigt. Bei Investitionen in Truppenunterkünften sollten zwingend Synergien mit einer möglichen touristischen Nutzung geprüft werden. Dies insbesondere in den Randregionen mit einer tiefen Verfügbarkeit von freien Betten.

Aus diesem Grund erteilen wir der Regierung den Auftrag, sich aktiv mit dem VBS / armasuisse in Verbindung zu setzen mit dem Ziel:

- die Anliegen der Standortgemeinden frühzeitig in die Diskussion einzubringen (z.B. Investitionen in Infrastrukturanlagen zur touristischen Nutzung),
- die bestehenden Verträge in Zusammenarbeit mit den Standortgemeinden zu überarbeiten,
- bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und wenn möglich auszubauen.

Lorez-Meuli, Marti, Komminoth-Elmer, Alig, Berther, Bleiker, Bondolfi, Brandenburger, Bucher-Brini, Buchli-Mannhart, Burkhardt, Casty, Casutt-Derungs, Caviezel (Davos Clavadel), Clalüna, Clavadetscher, Danuser, Darms-Landolt, Deplazes, Engler, Felix (Scuol), Geisseler, Giacomelli, Gunzinger, Hardegger, Hartmann, Heiz, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Hug, Jenny, Joos, Koch (Tamins), Kollegger, Kunz (Fläsch), Kunz (Chur), Mani-Heldstab, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Müller, Nay, Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Pedrini, Rosa, Salis, Sax, Schutz, Steck-Rauch, Steiger, Stiffler (Davos Platz), Thomann-Frank, Tomaschett (Breil), Tomaschett-Berther (Trun), Toutsch, Troncana-Sauer, Vetsch (Pragg-Jenaz), Weber, Widmer-Spreiter, Wieland

Anfrage Peyer betreffend fahrplanmässiger Fernbusbetrieb durch / aus Graubünden

Gemäss verschiedenen Medienmitteilungen planen deutsche Fernbusbetreiber fahrplanmässige Kurse von / nach und durch Graubünden auf der Strecke München - Chur - Bellinzona - Lugano - Mailand und umgekehrt.

Auffallend dabei sind die tiefen Ticketpreise, die deutlich unter den Angeboten der Bahn oder von Postauto Graubünden liegen. Gerade im letzteren Fall ist festzuhalten, dass der Bus wie auch der Treibstoff für die Fernbusbetreiber nicht wesentlich günstiger sein dürften als beispielsweise für die Postauto AG.

Somit stellt sich die Frage, mit welchen Mitteln die Fernbusbetreiber trotz gewinnorientiertem Betrieb ihre wesentlich tieferen Preise erzielen.

Gemäss einem Bericht in den „Tagesthemen“ der ARD vom 24. August 2014 verstossen zahlreiche Fernbusbetreiber gegen gesetzliche Vorschriften. Zudem werden gemäss diesem Bericht die Chauffeure teilweise massiv unter Druck gesetzt, beispielsweise die maximalen Lenkzeiten und die Ruhezeitvorschriften bewusst zu missachten. Der ARD-Bericht kommt zum Schluss, dass häufigere Kontrollen alleine wohl nicht genügen, sondern auch die Preise steigen müssten.

Gemäss den Plänen von Fernbusbetreibern sind zudem auf der Linie München – Chur – Milano Zwischenhalte geplant. In Chur stellt Postauto Graubünden das Postautodeck offiziell als Haltestelle zur Verfügung. Die Fernbusbetreiber aus Deutschland unterliegen jedoch einem Kabotage-Verbot, d. h. sie dürfen bei einem Start München oder Milano in der Schweiz keine Fahrgäste mit Fahrtziel in der Schweiz zusteigen lassen.

Das Bundesamt für Verkehr BAV hat zudem am 10. Juli 2014 im Rahmen eines Strategiepapiers eine „Vision 2030“ veröffentlicht. Darin heisst es unter anderem (S. 16 und S. 22), dass „verbesserte Rahmenbedingungen für die grenzüberschreitenden Busfernverkehre“ geschaffen werden sollen und „eine Politik internationaler Busverkehr“ zu entwickeln sei.

Die Unterzeichnenden fragen die Regierung Folgendes an:

- Wer, wann, wo und wie oft kontrolliert bei Fernbusbetreibern, die in Graubünden tätig sind oder Graubünden durchqueren, die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften betreffend Lenkzeiten, Ruhezeiten, Pausen?
- Mit welchen finanziellen Einbussen bei Postauto rechnet der Kanton auf der Strecke Chur - Bellinzona durch die neue Konkurrenz? Ist davon auszugehen, dass die vom Kanton zu zahlenden Abgeltungsbeiträge steigen werden?
- Wie beurteilt die Regierung die vorstehend erwähnten Absicht des Bundesamtes für Verkehr BAV in Bezug auf den Busfernverkehr, insbesondere betreffend Fahrplanstabilität, Sicherheit, Konkurrenzsituation und Marktfähigkeit von Fernbusbetrieben?

Peyer, Caviezel (Chur), Atanes, Baselgia-Brunner, Bucher-Brini, Cahenzli-Philipp, Deplazes, Gartmann-Albin, Jaag, Locher Benguerel, Monigatti, Noi-Togni, Perl, Pfenninger, Pult, Thöny, von Ballmoos

Anfrage Jaag betreffend den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf kantonaler Ebene

Ende Mai 2014 eröffnete der Bundesrat ein Vernehmlassungsverfahren zur Kulturbotschaft 2016 - 2019. Zu den wichtigsten Grundlagen der kulturpolitischen Tätigkeit des Bundes gehört danach die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes im Zeichen der Vielfalt (S. 25). Zu den entsprechend vorgesehenen Massnahmen gehört es:

- das Bewusstsein der Bevölkerung im Hinblick auf die in der Schweiz geschichtlich verankerten Kulturen zu stärken,
- den Austausch zwischen den Sprach- und Kulturgemeinschaften zu fördern,
- die Mehrsprachigkeit als Besonderheit der Schweiz auf den Ebenen der Einzelpersonen und der Einrichtungen zu erhalten,
- die Rechte der Sprach- und Kulturminderheiten zu schützen,
- die Sprachfreiheit sowie den Schutz und die Förderung der Minderheitensprachen zu gewähren.

Die Unterzeichnenden erachten die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhaltes als Grundanliegen für unseren Kanton, insbesondere auch im Zusammenhang mit der am 23. Dezember 2013 eingereichten Volksinitiative „*Nur eine obligatorische Fremdsprache in der Primarschule*“.

Deshalb unterbreiten wir der Regierung folgende Fragen:

1. Der Bund beabsichtigt, den zweisprachigen Unterricht in Italienisch ausserhalb der italienischsprachigen Schweiz mit jährlich CHF 800'000 zu unterstützen:
 - Wird sich die Regierung dafür stark machen, dass der Bund diese Unterstützung ähnlich gewähre wie im Art. 16 der Sprachenverordnung des Kantons Graubünden festgesetzt?
 - Wird die Regierung darauf hinwirken, dass diese Unterstützung auch zum Unterricht des Rätoromanischen entsprechend erweitert werden kann?
 - Wird sich die Regierung dafür einsetzen, dass diese Fördermittel auch den Kindergärten, beispielsweise in Chur (deutsch/rätoromanisch und deutsch/italienisch), sowie den Berufsschulen mit einer zweisprachigen Berufsmaturität zukommt?
2. Gemäss Art. 15 des Sprachengesetzes fördert der Kanton den Austausch zwischen den Sprachgemeinschaften:
 - Welche Mittel hat der Kanton in dieser Hinsicht bereits dafür verwendet?
 - Der Bund beabsichtigt, den Kulturaustausch zwischen der italienischsprachigen Schweiz und den übrigen Landesteilen mit jährlich CHF 450'000 zu fördern. Wie beabsichtigt die Regierung, diese Mittel im Hinblick auf die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes auf kantonaler Ebene zu nutzen?
 - Wird die Regierung darauf hinwirken, diese Unterstützung auf die rätoromanische Kultur zu erweitern?

Jaag, Blumenthal, Michael (Castasegna), Albertin, Alig, Atanes, Baselgia-Brunner, Berther, Brandenburger, Bucher-Brini, Caduff, Cahenzli-Philipp, Caluori, Casanova (Ilanz), Caviezel (Chur), Caviezel (Davos Clavadel), Clalüna, Darms-Landolt,

Della Vedova, Deplazes, Dosch, Epp, Fasani, Felix (Scuol), Foffa, Gartmann-Albin, Giacomelli, Gunzinger, Hartmann, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Jenny, Locher Benguerel, Marti, Michael (Donat), Monigatti, Nay, Niederer, Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Papa, Pedrini, Perl, Peyer, Pfäffli, Pfenninger, Pult, Rosa, Salis, Schutz, Stiffler (Chur), Thomann-Frank, Thöny, Tomaschett-Berther (Trun), Troncana-Sauer, Weber, Weidmann, Widmer-Spreiter, Tuor

Anfrage Bucher-Brini betreffend Mangel an RettungssanitäterInnen

Wie in sehr vielen Branchen ist der Fachkräftemangel auch im Rettungswesen auf gesamtschweizerischer Ebene ein zunehmendes Problem. Einem Medienbericht zufolge fehlen in der Schweiz rund 1000 RettungssanitäterInnen. So viele zusätzliche MitarbeiterInnen wären nötig, um alle Rettungsfahrzeuge optimal besetzen zu können, gemäss Aussage des Direktors Inter-Verband für Rettungswesen.

Um die Personallücken zu füllen, hat sich z.B. der Kanton Zürich nun verpflichtet, vermehrt Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Die Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) will nun die Finanzierung der Ausbildung überarbeiten und die Attraktivität der Ausbildung steigern.

Auch der Kanton Graubünden - als Tourismuskanton - ist auf genügend qualifiziertes Personal im Bereich RettungssanitäterInnen angewiesen.

Deshalb stellen die Unterzeichnenden der Regierung folgende Fragen:

1. Wie sieht die personelle Situation betreffend genügend RettungssanitäterInnen im Kanton heute und zukünftig aus?
2. Wie viele Personen stehen aktuell in Ausbildung und in welchen Kantonen besuchen sie die Schule?
3. Was gedenkt die Regierung zu tun, um einem zukünftigen Mangel entgegenzuwirken?
4. Wie sieht die Zusammenarbeit mit der GDK im Bereich Ausbildung/Ausbildungsplätze für RettungssanitäterInnen aus?

Bucher-Brini, Gunzinger, Lorez-Meuli, Atanes, Baselgia-Brunner, Blumenthal, Brandenburger, Caduff, Cahenzli-Philipp, Caluori, Casanova (Ilanz), Casty, Casutt-Derungs, Caviezel (Chur), Claus, Clavadetscher, Della Vedova, Deplazes, Dosch, Dudli, Engler, Epp, Fasani, Felix (Scuol), Florin-Caluori, Gartmann-Albin, Geisseler, Giacomelli, Hartmann, Heiz, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Jaag, Jeker, Komminoth-Elmer, Kunfermann, Kunz (Fläsch), Lamprecht, Locher Benguerel, Mani-Heldstab, Märchy-Caduff, Michael (Donat), Monigatti, Müller, Niederer, Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Papa, Pedrini, Perl, Peyer, Pfenninger, Pult, Salis, Schneider, Tenchio, Thomann-Frank, Thöny, Tomaschett-Berther (Trun), Toutsch, Waidacher, Weber, Widmer-Spreiter, Wieland

Anfrage Kollegger betreffend direkte Zugverbindungen vom Flughafen Zürich nach Chur

In der Februarsession 2008 wurde die Regierung mit 103 zu 0 Stimmen beauftragt, sich einerseits für schnellere Zugverbindungen zwischen Chur und Zürich einzusetzen sowie andererseits auch dafür, dass es künftig direkte Zugverbindungen zwischen Graubünden und dem Flughafen Zürich-Kloten gibt (Auftrag Kunz betreffend Zugverbindung Chur - Zürich und direkte Zugverbindung Chur - Zürich-Flughafen, Wortlaut Oktoberprotokoll 2007, S. 221). Ersteres konnte sukzessive verbessert werden, auch wenn die Fahrzeiten der schnellsten Verbindungen noch deutlich über einer Stunde liegen. Letzteres lässt nach wie vor auf sich warten. Graubünden ist damit die einzige und zugleich grösste Tourismusdestination der Schweiz, die keine direkte Bahnverbindung zum interkontinentalen Flughafen Zürich besitzt. Es nützt auch relativ wenig, wenn die Züge vom Flughafen und diejenigen nach Chur in Zürich auf dem gleichen Perron ankommen/abgehen, denn die meisten der mit dem Zug anreisenden Gäste müssen - meist mit viel und schwerem Gepäck - schon in Landquart oder dann in Chur von der SBB auf die RhB umsteigen. Betreffend die Bedeutung einer guten Anbindung an das nationale und internationale Verkehrsnetz für einen attraktiven Tourismus-, Wirtschafts- und Wohnstandort Graubünden wird auf die in der Februarsession 2008 geführte Debatte verwiesen.

Die Unterzeichnenden bitten die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

Verfolgt die Regierung den betreffenden Auftrag noch? Wenn ja, was ist der aktuelle Stand? Wenn nein, weshalb nicht?

Kollegger, Kunz (Chur), Peyer, Alig, Buchli-Mannhart, Burkhardt, Caduff, Casty, Cavegn, Caviezel (Davos Clavadel), Clavadetscher, Danuser, Deplazes, Engler, Felix (Haldenstein), Felix (Scuol), Giacomelli, Grass, Gunzinger, Hardegger, Hartmann, Heiz, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Hug, Jeker, Jenny, Kasper, Komminoth-Elmer, Kunz (Fläsch), Lorez-Meuli, Mani-Heldstab, Michael (Donat), Müller, Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Pedrini, Pfäffli, Schutz, Steck-Rauch, Steiger, Stiffler (Davos Platz), Stiffler (Chur), Thomann-Frank, Toutsch, Troncana-Sauer, Valär, Vetsch (Klosters Dorf), Vetsch (Pragg-Jenaz), Waidacher, Weidmann, Widmer-Spreiter, Wieland

Anfrage Thöny betreffend kantonale Beiträge an Kindertagesstätten

Kanton und Gemeinden beteiligen sich je zu 20 Prozent an den Normkosten für familienergänzende Kinderbetreuung wie Kindertagesstätten, Tagespflege und Mittagsbetreuung. Neu gestartete Angebote erhalten in den ersten drei Jahren den höheren Satz zu 25 Prozent. Somit bezahlen die Erziehungsberechtigten die verbleibenden 50 resp. 60 Prozent der Betriebskosten. Hierzu erstellen die Anbieter eine Tarifordnung mit nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abgestuften Tarifen für Erziehungsberechtigte.

In den vergangenen Jahren haben sich zwei Dinge gezeigt. Erstens kommen Anbieter in wirtschaftlich und strukturell schwächeren Regionen des Kantons nach den ersten drei Jahren immer mehr in finanzielle Schwierigkeiten. Zweitens werden notwendige Stellen in Organisationen wie Kindertagesstätten oft durch billige Praktikantinnen besetzt, um die Betriebskosten tief zu halten. Die familienergänzende Kinderbetreuung sieht sich mehreren Herausforderungen gegenübergestellt. Eine wirtschaftliche Führung soll im Einklang mit einer ausreichenden und qualifizierten Betreuung in geeigneten Räumen sichergestellt werden. Zudem soll eine sozial verträgliche Tarifordnung eine faire Kostenbeteiligung garantieren. Die Anbieter in den strukturschwachen Regionen sind gefordert, die Elternbeiträge stärker zu differenzieren. Denn für die Entscheidung von Erziehungsberechtigten mit niedrigem Einkommen ist die Beitragshöhe im Verhältnis zum Einkommen ein wesentliches Kriterium, ihre Kinder betreuen zu lassen. Für niedrige Einkommen sind die Beiträge tendenziell zu hoch, für hohe Einkommen müssen sie so hoch angesetzt werden, dass eine Entscheidung für die Betreuung der Kinder ebenfalls fraglich wird.

Die Unterzeichnenden stellen der Regierung folgende Fragen:

1. Wie lässt sich das Problem der familienergänzenden Kinderbetreuung in wirtschafts- und strukturschwachen Regionen mindern?
2. Wie beurteilt die Regierung den vermehrten Einsatz von Praktikantinnen und Praktikanten zur Kosteneinsparung?
3. Kann sich die Regierung vorstellen, bei allfälligem Wegfall der Anstossfinanzierung des Bundes analog Beiträge an Bündner Anbietende in Randregionen zu vergeben?
4. Könnte sich die Regierung vorstellen, die Beitragssätze nach Regionen abgestuft festzulegen?

Thöny, Albertin, Atanes, Baselgia-Brunner, Cahenzli-Philipp, Casanova (Ilanz), Casutt-Derungs, Caviezel (Chur), Darms-Landolt, Deplazes, Dosch, Epp, Felix (Scuol), Foffa, Grass, Heiz, Jaag, Joos, Locher Benguerel, Märchy-Caduff, Monigatti, Noi-Togni, Papa, Pedrini, Perl, Peyer, Pfenninger, Pult, Tomaschett-Berther (Trun)

Anfrage Perl betreffend den Kapazitätsengpass im Asylbereich

Kriege, Konflikte und Perspektivlosigkeit weltweit und insbesondere in unmittelbarer Grenznähe des Schengenraums treiben unzählige Menschen in die Flucht. Gemäss UNHCR sind es über 50 Millionen, so viele wie seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr. Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak oder afrikanischen Staaten suchen sich in Europa in Sicherheit zu bringen, auch mit lebensgefährlichen Mittelmeerüberfahrten. Angesichts der Feldzüge des menschenverachtenden IS wird die Anzahl Schutzsuchender aus dem Zweistromgebiet noch zunehmen. Die italienische Marine lässt diese Flüchtlinge nicht mehr länger einfach ertrinken, sondern rettet sie. Über 100'000 erreichen so seit Anfang Jahr unser Nachbarland.

Mit dieser Anzahl Menschen stösst das italienische Asylwesen und folglich das starre Dublinsystem an seine Grenzen. Mittlerweile gelangen immer mehr schutzbedürftige Menschen in die Schweiz, 2,7 Prozent von ihnen weist der Bund dem Kanton Graubünden zur Unterbringung und Betreuung zu. Diese wichtige Aufgabe fordert uns heraus.

In einer Medienmitteilung vom 19. Juni vermeldet die Regierung, an der Praxis der kollektiven Unterbringung in kantonalen Zentren festzuhalten. Sie habe sich bewährt. Allerdings herrscht nun akuter Platzmangel in den kantonalen Zentren. Das abgelegene Ausreisezentrum Flüeli wird vorübergehend in ein Transitzentrum umgewandelt, die bisherigen, männlichen Bewohner werden ins oft kritisierte Minimalzentrum Waldau verlegt. Mittels Inseraten sucht der Kanton dringend Liegenschaften, die sich als Kollektivunterkünfte im Asylwesen eignen. Auf Individualunterbringungen beispielsweise von Familien verzichtet er hingegen.

Die Unterzeichnenden der Anfrage möchten angesichts dieser Situation folgendes von der Regierung wissen:

1. Wie lange dauert die provisorische Nutzung des Minimalzentrums Waldau als Ausreisezentrum und der Liegenschaft in Valzeina als Transitzentrum?
2. Wie werden die Hausordnungen dieser Zentren angepasst?
3. Als Sofortmassnahme sieht der Kanton die Unterbringung von Asylsuchenden in Zivilschutzanlagen und militärischen Luftschutzanlagen vor. Wie lange ist eine solche Unterbringung unter Tage für die einzelnen Asylsuchenden zumutbar?
4. Art. 40 der Verordnung zum Einführungsgesetz zur Ausländer- und Asylgesetzgebung besagt, dass das Amt für Migration und Zivilrecht beim Fehlen von genügend Kollektivzentren Personen des Asylbereichs den Gemeinden zur Unterbringung und Verpflegung zuweist. Wann müssen die Gemeinden mit Zuweisungen rechnen?

5. Prüft der Kanton Individualunterbringungen, bevor er die Gemeinden in die Pflicht nimmt?

Perl, Locher Benguerel, Atanes, Baselgia-Brunner, Cahenzli-Philipp, Caviezel (Chur), Deplazes, Gartmann-Albin, Jaag, Monigatti, Noi-Togni, Peyer, Pfenninger, Pult, Thöny

Interpellanza Papa concernente il servizio pubblico in favore delle minoranze linguistiche

Tra le misure previste in favore delle minoranze linguistiche, nel messaggio del Consiglio federale sulla cultura 2016 - 2019, compare il sostegno del plurilinguismo individuale e istituzionale nelle lingue nazionali. La Confederazione sostiene inoltre i Cantoni plurilingui nell'esecuzione dei loro compiti speciali legati al plurilinguismo.

Riteniamo che la questione del servizio pubblico in favore delle minoranze linguistiche sia di grande importanza per il nostro Cantone.

Sottoponiamo perciò all'attenzione del Lodevole Governo le seguenti domande:

1. La Confederazione sostiene i Cantoni plurilingui nell'esecuzione dei loro compiti speciali legati al plurilinguismo in materia di autorità, giustizia, amministrazione e istruzione.

- Il Governo è invitato a elencare i servizi per i quali riceve aiuti finanziari dalla Confederazione e le condizioni richieste dalla Confederazione per riceverli (p. es. partecipazione finanziaria da parte del Cantone ai costi di questi servizi).

- In Governo è disposto a commissionare uno studio comparativo tra i Cantoni plurilingui (da affidare p. es. all'Istituto di plurilinguismo dell'Università di Friburgo) per valutare l'adempimento dei suddetti compiti speciali e sondarne così i margini di miglioramento?

2. Per quanto riguarda le lingue ufficiali della Confederazione, il Consiglio federale intende raggiungere un'adeguata rappresentanza delle comunità linguistiche in seno alla propria Amministrazione.

- Il Governo è invitato a fornire dati aggiornati circa la presenza di italofoeni, rispettivamente romanciofoeni nell'Amministrazione cantonale con le stesse modalità della 1.^{ma} domanda dell'Interpellanza Pedrini del 2 settembre 2011 (separati per lingua).

- Il Governo ritiene adeguata la presenza italofoena e romanciofoena in seno alla propria Amministrazione, specialmente al livello di funzionari dirigenziali?

- Dando seguito alla mozione 12.3009 (Promozione del plurilinguismo) e alla mozione 12.3828 (Rivedere l'aggregazione amministrativa e gerarchica del delegato al plurilinguismo), in data 27 agosto 2014 il Consiglio federale ha modificato l'art 8 dell'Ordinanza sulle lingue che regola le competenze del delegato del Consiglio federale al plurilinguismo.

Considerato che tra gli obiettivi specifici del *Forum per l'italiano in Svizzera*, di cui il Canton Grigioni è membro fondatore, rientra la richiesta di maggiori competenze per il delegato del Consiglio federale al plurilinguismo, è disposto il Governo a prevedere la creazione di una figura analoga e con analoghe competenze in un eventuale prossimo disegno di legge sul personale del Cantone?

Papa, Hartmann, Berther, Atanes, Bondolfi, Claus, Della Vedova, Fasani, Giacomelli, Hardegger, Heiz, Jenny, Mani-Heldstab, Michael (Castasegna), Monigatti, Noi-Togni, Pedrini, Rosa, Schutz, Tenchio, Toutsch, Widmer-Spreiter, Wieland

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Duri Campell

Der Protokollführer: Patrick Barandun